

AUSSERORDENTLICHE SESSIONEN

Ständeräte verlieren die Geduld

Der Nationalrat beruft mehr und mehr ausserordentliche Sessionen ein. Auch der Ständerat wird zur Diskussion verpflichtet – so wie heute. Das nervt die Kantonsvertreter zusehends. Sie fordern dringend mehr Zurückhaltung.

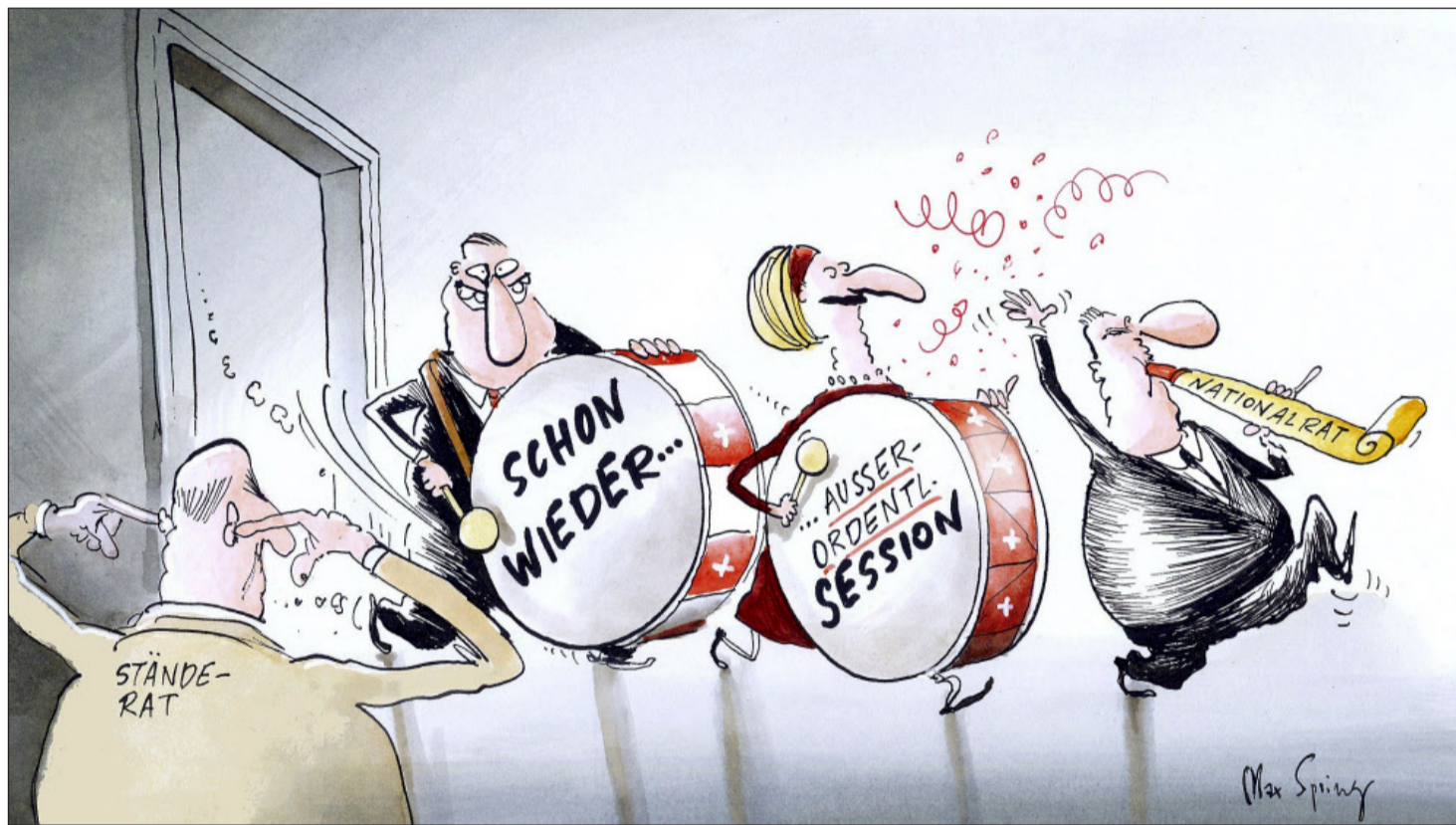
Im Parlament wird sinngemäss viel «parliert» – geredet. Böse Zungen behaupten gar, im Bundeshaus werde vor allem geredet. Ein solcher Eindruck könnte vor allem dann entstehen, wenn ausserordentliche Sessionen traktandiert sind. In mehrstündigen Debatten werden dann jeweils einzelne Themen von allen Seiten und allen Parteien beleuchtet und interpretiert. «Konkrete Entscheide werden aber nicht gefällt», kritisiert der St. Galler CVP-Ständerat Eugen David. Der Bundesrat könne nach solch aufwändigen Debatten kaum ausmachen, was in den Räten tatsächlich mehrheitsfähig sei.

«Das Instrument ist gut. Es wird gegenwärtig aber eindeutig überstrapaziert», urteilt der Berner Ständerat Werner Luginbühl (BDP). Er und seine Ratskolleginnen und -kollegen haben zunehmend Mühe damit, dass sie vom Nationalrat ausserordentliche Sessionen aufgezwungen bekommen.

Tendenz steigend

Ein Blick auf die Statistik der Parlamentsdienste zeigt, dass der Nationalrat in den letzten Jahren in der Tat mehrfach ausserordentliche Sessionen einberufen hat. Seit Gründung des Bundesstaates fanden insgesamt 14 solcher Debatten statt, 8 davon alleine in den letzten drei Jahren (siehe auch Tabelle). Der Ständerat selber hat noch gar nie eine ausserordentliche Session verlangt.

Es ist offensichtlich: Nicht alles, was der Nationalrat als dringend erachtet, ist für den Ständerat wichtig. So dauerte die ausserordentliche Session zum Milchpreis und zur Landwirtschaftspolitik im vergangenen Dezember im Nationalrat vier Stunden; die Ständeratspräsi-



dentin Erika Forster hingegen musste die Sitzung in ihrem Rat auf Grund fehlender Vorstösse nach weniger als fünf Minuten schliessen. Ähnliches erwarten Werner Luginbühl und Eugen David für die heutige ausserordentliche Session zum Thema «Zuwanderung» im Ständerat.

Ballast abwerfen

Für SVP-Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner ist dieses

Verhalten «ein Trauerspiel». Er verteidigt die regelmässige Einberufung der ausserordentlichen Sessionen. «Das Parlament kann sich nicht nur stur nach der Traktandenliste richten. Es muss Platz haben für aktuelle, brennende Themen», sagt er. Dass in den letzten Jahren mehr Spezialsessionen einberufen wurden, wundert Brunner nicht: «Die letzten zwei, drei Jahre waren politisch unruhig. Die aus-

serordentlichen Sessionen sind Ausdruck einer herausfordernden Zeit.»

Auch die Berner SP-Nationalrätin Ursula Wyss verteidigt die Sonderdebatten. Als Fraktionschefin ist sie Mitglied des Parlamentsbüros, wo über die Ansetzung der Geschäfte entschieden wird. Sie streicht hervor, dass in ausserordentlichen Sessionen viele Vorstösse rasch und zu einem aktuellen Thema behandelt werden können. «Es macht ja wenig Sinn, wenn wir die Eingaben zur Arbeitslosigkeit erst in eineinhalb Jahren diskutieren», betont sie. Gemäss Hansjörg Walter, SVP-Nationalrat aus dem Thurgau und Vizepräsident des Nationalratsbüros, werden in ausserordentlichen Sessionen im Nationalrat schon mal über 100 Vorstösse abgetragen.

«Schaukampf»

Dieses Argument leuchtet den Ständeräten Luginbühl und David ein. Habe doch eine einzelne Motion im Ständerat mehr Gewicht als im Nationalrat. Dennoch warnen sie davor, die ausserordentlichen Sessionen zu oft anzusetzen. «Es wirkt halt doch oft wie ein öffentlicher Schaukampf zwischen den zer-

strittenen Lagern», mahnt Luginbühl. Linke wie Rechte müssten künftig mehr Zurückhaltung üben, verlangt er.

Für diese beiden Lager ist es heute einfach, eine ausserordentliche Session zu erzwingen. Ein Viertel der Mitglieder jedes Rates können nach Gesetz eine Einberufung verlangen. SP und Grüne schaffen die Hürde im Nationalrat von 50 Parlamentariern ebenso locker (gemeinsam 65 Nationalratsmitglieder) wie die SVP-Fraktion (64 Mitglieder). Gemäss Statistik der Parlamentsdienste waren es in der Vergangenheit in der Regel Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, welche Spezialdebatten anberaumen liessen. Die SVP holt indes auf. Seit 2007 beantragte sie vier Mal eine ausserordentliche Session.

Hürde anpassen?

Für den Berner Ständerat Luginbühl ist mit Blick in die Zukunft klar: Sollte der Appell an die Vernunft nichts bewirken, muss das Parlament über die Bücher: «Dann müssen wir darüber reden, ob die Hürde zur Einberufung einer ausserordentlichen Session nicht zu tief angesetzt ist.»

MICHAEL WIDMER

PARLAMENT

14 ausserordentliche Sessionen

Datum	Thema
Juli 1891	Einführung des Banknotenmonopols
Februar 1985	Massnahmen gegen das Waldsterben
Oktober 1986	Energiepolitik nach Tschernobyl
Januar 1998	Steuerschuldfächer und Fusionen (Fusion UBS und SBV)
November 2001	Swissair-Finanzierung
Oktober 2002	Mindestzinssatz BVG
Oktober 2007	Steuerfragen
Dezember 2008	Finanzkrise
März 2009	Wirtschaftskrise
Juni 2009	Verschärfung Strafrecht
September 2009	Konjunktur und Arbeitslosigkeit
Dezember 2009	Milchpreis und Landwirtschaftspolitik
März 2010	Zuwanderung
März 2010	Arbeitslosigkeit

Quelle: Parlamentsdienste

FMH-STUDIE

Hausärzte benachteiligt

Hausärzte müssen besser entlohnt werden, fordert die Ärztervereinigung FMH. Sie will eine einmalige Tarifkorrektur.

Ambulant tätige Ärzte müssen weiterhin Einkommenseinbußen hinnehmen – dies zeigt die neuste Studie der Ärztervereinigung FMH, welche in der nächsten Ausgabe der Ärztezzeitung erscheint. Die Einkommensunterschiede unter den Ärzten sind dabei vor allem auf Tätigkeiten gewisser Spezialisten im Zusatzversicherungsbereich zurückzuführen. Für die FMH ist die finanzielle Aufwertung der Hausarztmedizin «dringend notwendig». Sie fordert darum eine einmalige Tarifkorrektur im Tarifvertrag.

Erstmals sind in der Schweiz über 30 000 Ärztinnen und Ärzte

tätig, zeigt eine weitere FMH-Studie auf. Die Statistik 2009 der Ärztervereinigung weist insgesamt 30 166 Mediziner auf. Weiter zugenommen hat vor allem der Anteil der Frauen. 2008 waren es noch 29 653 Ärzte und Ärztinnen gewesen. Die Zunahme entspricht 1,7 Prozent. Der Anstieg beträgt bei den Frauen 4 und bei den Männern 0,5 Prozent, wie aus der Statistik hervorgeht, welche die «Schweizer Ärztezzeitung» gestern publiziert. Die Zunahme des Frauenanteils auf nunmehr 35,4 Prozent sei das Abbild der Entwicklung der Frauenquote bei den Studierenden und den Abschlüssen im Studium der Humanmedizin in den letzten Jahren, heisst es weiter. Das Durchschnittsalter der Ärzte in der Schweiz beträgt 47,8 Jahre. Die Frauen weisen mit 44,1 Jahren ein tieferes Durchschnittsalter aus.

SDA

«SOLOTHURNER ZEITUNG»

«Willfähige» Regierung

Der Verkauf der «Solothurner Zeitung» vor exakt einem Jahr warf gestern noch einmal Wellen im Solothurner Kantonsrat.

Kantonsrat Urs Allemann (CVP) warf der Solothurner Regierung vor, sie habe «willfährig und naiv» den Verkauf der «Solothurner Zeitung» in den Aargau ermöglicht. Der genau vor einem Jahr erfolgte Zeitungsdeal sei nur zu Stande gekommen, weil die Regierung einem neuen Stiftungszweck der Verkäuferin, der Solothurner Vogt-Schild-Stiftung, zugestimmt habe. Das sei vielleicht juristisch korrekt gewesen, aber ein politischer Fehler. «Die Politik kann zwar nicht direkt für Pressevielfalt sorgen, aber sie kann die dafür nötigen Rahmenbedingungen schaffen», erklärte Allemann. Es sei

nämlich genau das passiert, was die Stifterväter hätten verhindern wollen, «dass Stiftungsräte, die nicht willens oder fähig sind, das Unternehmen zu führen, dieses einfach veräussern können». Allemann wittert FDP-Filz und macht die Regierung für die Folgen verantwortlich: «Für die Presselandschaft im Kanton Solothurn ist dies eine mittlere Katastrophe.» Die «Solothurner Zeitung» – sie ist Teil der «Mittelland Zeitung» – werde seither von ihrem neuen Besitzer, dem Badener Verleger Peter Wanner, «zu Tode gespart». Der Qualitätsverlust sei besorgniserregend, sagte Allemann. Unterstützt wurde er von der SP und den Grünen.

Der Abbau

Tatsache ist: Die Zahl der Redaktionsstellen sank innerhalb eines Jahres von 52 auf 37. Die Re-

daktion in Grenchen wurde geschlossen. Der Seitenumfang schrumpft. Erleichtert wurde dieser Abbau, weil die Tamedia im Herbst das «Solothurner Tagblatt» einstellte. Nach acht Jahren hat die «Solothurner Zeitung» keine Konkurrenz mehr.

Beschwerde eingereicht

Verleger Peter Wanner, der zuvor mit 35 Prozent an der Vogt-Schild beteiligt war, erklärte den Solothurner Redaktoren, er sei durch die Besitzer kurzfristig zum Kauf gezwungen worden. Der auf 20 Millionen geschätzte Kaufpreis ging an die Vogt-Schild-Stiftung. Gegen die Verwendung des Geldes reichte die Betriebskommission bei der Stiftungsaufsicht bereits eine Beschwerde ein: Sie befürchtet, dass das Geld zweckentfremdet und ausserkantonale verwendet wird.

RGW

In Kürze

UBS-STEUER-AFFÄRE

Heute fällt der PUK-Entscheid

Der Nationalrat wird heute entscheiden, ob er wegen der UBS-Steueraffäre die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) vorantreiben will. Um für die Debatte Zeit zu schaffen, strich er die Steuergerechtigkeits-Initiative vom Programm. Dies hat das Büro des Nationalrats gestern Morgen beschlossen. Das Büro beantragt seinem Rat mit 9 gegen 4 Stimmen, der Motion zuzustimmen, mit der SP, SVP und Grüne noch in der laufenden Session eine Debatte über die Einsetzung einer PUK erzwingen wollen. Dieses Ziel haben die drei Parteien nun erreicht.

sda

STÄNDERAT

Keine Bierdeckel-Steuererklärung

Aus der Steuererklärung auf dem Bierdeckel wird vorerst nichts. Die Ständesinitiativen der Kantone Solothurn, Aargau und Zürich erlitten mit ihren Forderungen nach drastischen Vereinfachungen des Steuersystems im Ständerat Schiffbruch. Die Solothurner Initiative verlangte eine Einheitssteuer mit ein bis drei Tarifstufen und maximal drei Abzugsmöglichkeiten. Der Ständerat lehnte sie mit 27 zu 10 Stimmen ab. Der Aargau schlug eine Einheitssteuer oder eine duale Einkommenssteuer vor. Dieser Vorstoss scheiterte mit 29 zu 10 Stimmen. Zürich wollte die «Easy Swiss Tax» mit individuellen Einheitssteuertarifen, fixen Einheitsabzügen und einer Vermögens- und Ertragsbesteuerung über eine Soll-Kapitalrendite. Sie wurde mit 25 zu 15 Stimmen abgelehnt. Die Initiativen aus Solothurn und Aargau sind erledigt, jene von Zürich geht an den Nationalrat.

sda

LEHRERBILDUNG

PH Bern wächst markant

Die Pädagogische Hochschule Bern (PH Bern) ist neu die grösste pädagogische Hochschule der Schweiz. Wie die Institution in einer Mitteilung schreibt, ist die Zahl der Studienbeginnenden 2009/2010 im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent auf 705 gestiegen (502 Frauen, 203 Männer). Insgesamt absolvieren derzeit insgesamt 2060 Personen ihr Studium an der PH Bern. Per 31. Dezember 2009 beschäftigte die PH 922 Mitarbeitende auf 413 Vollzeitstellen.

mic

GROSSER RAT

Sozialhilfebezüger dürfen Tiere halten

Sozialhilfebezüger sollen nur noch einen Hund halten dürfen, die Haltung mehrerer Hunde soll dagegen kompetenten Haltern vorbehalten bleiben. Dies forderte gestern Marianne Staub (FDP/Thun) mittels Motion im Grosse Rat. Staub begründete ihr Anliegen damit, dass Tierhalter mit persönlichen Problemen ihre Tiere oft vernachlässigten. Die Ratsmehrheit folgte indes der Regierung und lehnte das Begehren ab. Einen generellen Unterschied zwischen Sozialhilfebezüger und anderen Tierhaltern zu machen sei problematisch.

pas